

Wahlprüfsteine Kreissenorenrat

Frage 1: Rente / Altersarmut

Situation: Zunehmend mehr Menschen haben im Alter keine Rente, "die zum Leben reicht".

*Wichtige Gründe: die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung sind zu niedrig -
Prekäre Arbeitsverhältnisse, Absenkung des Rentenniveaus verstärken dies.*

*- Sind Sie für oder gegen eine wirklich solidarische Rentenversicherung, bei der für alle
Einkommen Rentenbeiträge gezahlt werden?*

*- Was sehen Sie für Möglichkeiten zur Vermeidung und Verhinderung prekärer
Arbeitsverhältnisse?*

Nur mit einer breiteren Basis lässt sich auf Dauer ein solides System der Alterssicherung finanzieren. Daher bin ich persönlich auch für eine „Bürgerversicherung in der Rente“. Allerdings ist es bis dahin ein langer Weg mit vielen schwer zu überwindenden politischen Hindernissen. So lange können wir nicht warten. Die SPD hat – im Gegensatz zur Kanzlerinpartei - ein umsetzbares Rentenkonzept vorgelegt. Wichtige Sofortmaßnahmen sind: 1. Das Rentenniveau muss auf dem jetzigen Stand von 48 % stabilisiert werden. 2. Um die Beitragszahler vor Überforderung zu schützen, darf der Beitragssatz 22 % nicht überschreiten.

Im Bereich der Leiharbeit hat die SPD in der ablaufenden Wahlperiode Maßnahmen gegen den Missbrauch dieses Instruments durchgesetzt. Wir wollten auch die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen verbieten, doch dies scheiterte an der CDU, somit auch an Andreas Jung. Derzeit gibt es zu wenig Anreize, von einer geringfügigen Beschäftigung auf ein sozialversichertes Arbeitsverhältnis zu wechseln. Dies drängt in Verbindung mit anderen Regelungen insbesondere Frauen in die Armutsfalle. Wir wollen die Sozialversicherungsbeiträge für Menschen mit niedrigen Einkommen bezuschussen. Damit schwächen wir die negativen sozialrechtlichen Wirkungen der 450-Euro-Regelung spürbar ab.

Frage 2: Wohnen im Alter

Situation: Wohnen wird insbesondere im städtischen Bereich und in besonderen Regionen (z. B. Bodensee) immer teurer. Es fehlt bezahlbarer Wohnraum, besonders für Familien, ältere Menschen und Flüchtlinge mit Bleiberecht. Ganz besonders fehlen sozial geförderte Wohnungen.

Andererseits schafft vermehrte Nachverdichtung soziale Probleme des Zusammenlebens.



- Wie definieren Sie bezahlbaren Wohnraum / bezahlbare Mieten? Mit welchen staatlichen Unterstützungen kann das elementare Bedürfnis nach einem bezahlbaren Wohnraum gedeckt werden?

Fehlende Wohnungen und hohe Mieten sind im Kreis Konstanz Armutsrisiko Nr. 1. Außerdem bedroht der Wohnungsmangel unsere wirtschaftliche Entwicklung und unsere soziale Infrastruktur, wenn sich Facharbeiter, Polizistinnen oder Erzieher keine Wohnung mehr leisten können.

Wir brauchen im ganzen Kreis mehr sozialen, öffentlich geförderten Wohnraum. Das Engagement der Konstanzer Wohnungsbaugesellschaft WOBAK ist vorbildlich und sollte Vorbild für andere Bauträger, insbesondere in den Städten sein. Der Bund hat - maßgeblich aufgrund des Einsatzes der SPD - seine Fördermittel für die nächsten beiden Jahre erhöht. Doch das reicht nicht, er muss sich dauerhaft an dieser Aufgabe beteiligen und seine Mittel weiter aufstocken.

- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Folgen der Nachverdichtung, Auflösung der Strukturen und in Folge die soziale Vereinsamung älterer Mitbürger verbessern?

Nachverdichtung umschreibt, dass wir mit Grund und Boden sparsam umgehen müssen, damit auch bezahlbare Wohnungen entstehen können. Dichtere Bebauung erfordert gute Architektur, damit lebenswerte Wohngebiete entstehen. Eine soziale Stadtentwicklung achtet nicht nur auf gutes Bauen, sondern auch auf eine ausreichende soziale Infrastruktur mit Treffpunkten und eine ausreichenden Nahversorgung. Der Bund kann dies insbesondere über seine Städtebauförderung im Rahmen des Programms soziale Stadt unterstützen.

- Wie beurteilen Sie neuere Wohnformen für ältere Menschen, die ein längeres selbständiges Leben ermöglichen und Heimaufenthalte hinausschieben?

Ich betreibe einen ambulanten Pflegedienst. Meine Mitarbeiterinnen und ich betreuen über 140 pflegebedürftige Menschen. Wir bemühen uns um die notwendigen Hilfestellungen, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in Ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Oft sind Wohnungen nicht in ausreichendem Maße barrierefrei, so dass eine ambulante Pflege nur erschwert möglich ist. Hier sollte es mehr Hilfen für den behindertengerechten Umbau geben.

Wohnprojekte für ältere Menschen müssen die Barrierefreiheit mit berücksichtigen, sonst verfehlen sie ihr Ziel, die Selbständigkeit so lange wie möglich herauszuschieben. Pflege-Wohngemeinschaften dagegen sind eine Form der stationären Pflege, die einen Ausbau verdient.

Frage 3: Pflege und Pflegenotstand

Situation: Durch den demographischen Wandel wird die Zahl der Pflegebedürftigen zunehmen. Wir haben bereits heute einen eklatanten Mangel an Pflegeplätzen und Pflegekräften. Dies wird sich weiter verschärfen. Familiäre Pflege wird immer weniger. Und die Pflege wird ständig teurer.

- Wann und wie wollen Sie den hoch brisanten Pflegepersonal-Mangel in Kliniken und Pflegeheimen beseitigen?
- Wann und wie wollen Sie den Pflegenden mehr Anerkennung, mehr Vergütung, mehr sozial- und gesundheitlich bessere Dienstzeiten (bessere Personalschlüssel), mehr bezahlbaren Wohnraum u. a. geben?
- Ist es denkbar, dass Sie einen rechtsverbindlichen Anspruch auf einen Kurzzeitpflegeplatz, ähnlich wie bei Kitas, gesetzlich regeln? - Können Sie sich vorstellen, dass die Ausbildung im Pflegebereich stärker mit staatlichen Mitteln (Steuern) gefördert wird?

Sie sprechen zu Recht an: Unsere Gesellschaft steht vor der schwierigen Aufgabe, wie sie die Versorgung pflegebedürftiger Menschen sicherstellt: Es gibt Lücken im Angebot an Heimplätzen und ambulante Dienste haben Schwierigkeiten ausreichend Fachkräfte zu finden. Die Pflegestärkungsgesetze haben zwar mehr Geld für die ambulanten Leistungen in der Pflege gebracht, ändern an der grundsätzlichen Herausforderung noch wenig.

Dies stellt Arbeitgeber – also auch mich – vor eine wichtige Aufgabe: Wir dürfen – bei aller Kritik an Defiziten – den Beruf der Pflege nicht schlecht reden. Wie soll ich junge Menschen für ein erfüllendes Berufsbild begeistern, wenn permanent der Notstand beklagt wird? Für Arbeitgeber heißt das: Bezahlung und Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Gerade in einem Berufsfeld, in dem viele Frauen arbeiten, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig. Mehr Personal und höhere Gehälter kosten aber mehr Geld, daher werden Beiträge zur Pflegeversicherung weiter steigen.

Durch die einheitliche Pflegeausbildung wird das Berufsbild vielfältiger, dies war ein wichtiger Reformschritt. In Krankenhäusern wurde in den vergangenen Jahren Pflegestellen zugunsten von anderen Berufsgruppen abgebaut. Dies rächt sich nun. An einer Verordnung, die Mindeststandards in der Personalbemessung vorgibt, wird kein Weg vorbei gehen.

Frage 4: Sicherheit und Sicherheitsempfinden

Situation: Laut Kriminalstatistik der Bundesregierung hat sich die Sicherheitslage in der Bundesrepublik verbessert. Trotzdem fühlen sich viele Menschen subjektiv unsicherer. Angst machen Terrorismus (von links und rechts) und plötzlich aufkommende Gewaltbereitschaft.



- Sind Sie für erhöhte Polizeipräsenz? Eine höhere Personalstärke? Wie kann die Zusammenarbeit im Verfassungsschutz in Deutschland und in der EU gewährleistet werden?

Während die CDU im vergangenen Jahrzehnt Stellen der Polizei abgebaut hat, haben wir Sozialdemokraten in der letzten Wahlperiode einen Kurswechsel in Baden-Württemberg durchgesetzt. Auch die Bundespolizei muss aufgestockt werden.

Mit höherer sichtbarer Polizeipräsenz alleine schaffen wir nicht mehr Sicherheit. Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die dunkle und angstmachende öffentliche Räume umgestaltet. Dabei kann der Bund mit höheren Sanierungsmitteln helfen, städtebauliche Missstände im öffentlichen Raum zu beseitigen.

Der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass viele geplante terroristische Anschläge verhindert werden konnten. Leider nicht alle, obwohl in vielen Fällen Warnungen da waren. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ihre Rechte und vielfältigen Kompetenzen ausschöpfen und gut miteinander zusammenarbeiten. Dazu gehört, nicht alle drei Monate komplizierte Neuregelungen zu fordern. Vermeintlich scharfe Gesetze nützen nichts, wenn sie niemand ausführen kann.

Frage 5: Zukunft der Europäischen Union

Situation: Durch nationalistische Strömungen und den Brexit befindet sich die EU in einer Krise

- Wie stehen Sie zur weiteren politischen und staatlichen Vereinigung Europas und der Vermeidung immer stärker aufkeimender nationaler Alleingänge, denen andererseits Zentralisierungsbemühung der EU gegenüber stehen?

Die europäische Einigung ist ein erfolgreiches Friedensprojekt nach innen und nach außen. Damit Europa diese Hauptaufgabe auch künftig erfüllen kann, müssen wir eine präventive Friedens- und Entwicklungspolitik zu unserem politischen Schwerpunkt machen. Hier hinken wir noch weit hinter unseren eigenen Zielen hinterher.

Nach innen muss die EU effizienter und demokratischer werden. Auch in Brüssel müssen wir für das Subsidiaritätsprinzip und den Vorrang der örtlichen Ebenen werben, wenn diese die Aufgaben besser erledigen können. Mehrere Mitgliedsstaaten sollen im EU-Rahmen gemeinsame Projekte anpacken können, auch wenn noch nicht alle anderen EU-Mitglieder soweit sind. Ein demokratisches Europa braucht ein stärkeres Parlament und eine arbeitsfähige Kommission. Europäisch agierende Parteien, Verbände und Bürgerinitiativen sind für ein demokratischeres Europa wichtig. Auch über europäische Volksabstimmungen und einer echten europäischen Verfassung müssen wir reden.

Frage 6: Zukunft des Euro

Die Einheitswährung wird durch starke Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder belastet. Dabei übernimmt die Bundesrepublik erhebliche Risiken.

- Wie beurteilen Sie die Stabilität des EURO?

Die Niedrigzinspolitik der EZB zerstört das klassische Ansparmodell.

- Wie kann man unter diesen Randbedingungen eine sinnvolle finanzielle Vorsorge treffen, so dass - nicht später das Gemeinwohl darunter leidet?

Der Euro ist in den vergangenen Jahren mehrfach als sterbende Währung bezeichnet worden. All diese Untergangs-Prognosen sind nicht eingetreten, weil insbesondere die Europäische Zentralbank sowohl ihrer Verantwortung für die Geldwertstabilität als auch für die Konjunktur gerecht geworden ist. Richtig ist es, dass insbesondere südliche Mitgliedsländer unter dem hohen Außenwert des Euro leiden, während der Euro für Deutschland hauptsächlich Vorteile gebracht hat. Neben einer konjunkturgerechten Geldpolitik brauchen wir für Südeuropa eine wachstumsfördernde Politik, die Investitionen in die Infrastruktur dort fördert und so zu mehr Beschäftigung beiträgt.

Mir ist eine Niedrigzinspolitik lieber als eine Hochzinspolitik, die Unternehmen, Bauherren und die öffentlichen Haushalte erdrosselt. Richtig ist jedoch, dass es das derzeitige Zinsniveau konservativen Anlegern, aber auch Versicherungsgesellschaften schwierig macht, den Barwert ihres Kapitals zu erhalten. Das ist der Kern der aktuellen Probleme mit dem grundsätzlich vernünftigen Modell der Riester-Rente. Allerdings waren auch in Zeiten höherer Zinsen die Zinserträge dieser Anlageformen nur selten höher als die jeweilige Inflationsrate.

Finanzielle Vorsorge für das Alter muss langfristig angelegt sein und auf eine Verteilung des Risikos durch einen Mix der Anlagen achten. Gleichzeitig zeigen die Probleme der Versicherer, dass das Umlageverfahren der Sozialversicherung keineswegs schlechter ist als das Prinzip der Kapitaldeckung. Daher will ich als Sozialdemokrat die Sozialversicherung stärken und zukunftssicher machen.

Frage 7: Mobilität:

Situation: Mobilität ist ein Grundbedürfnis älterer Menschen insbesondere in ländlichen Raum, um am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Der öffentliche Person-Nahverkehr im Landkreis zeigt große Unterschiede. Auch sind viele öffentliche Gebäude noch nicht barrierefrei.

- Haben Sie Vorstellungen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs (vorwiegend im ländlichen Raum) mit Blick auf Mobilität für ältere und/oder behinderte Menschen?



Kreissenioresrat Konstanz

Ohne besseren öffentlichen Verkehr werden wir die Verkehrsprobleme, insbesondere der Städte nicht lösen. Dabei dürfen wir die einzelnen Verkehrsträger nicht länger isoliert, sondern gemeinsam betrachten und die Aktivitäten im Rahmen eines bundesweiten Bündnisses für bezahlbare und nachhaltige Mobilität besser aufeinander abstimmen.

Der Bund hilft den Ländern mit Finanzhilfen bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Diese Finanzhilfen wollen wir erhalten und regelmäßig an den steigenden Bedarf anpassen. Im ländlichen Raum sind die Buslinien außerhalb des Berufs- und Ausbildungsverkehrs oft schlecht nachgefragt. Bürgerbusse oder Sammeltaxis können durch die Chancen der Digitalisierung viel flexibler betrieben werden. Der Bund soll kreative Ideen für den ländlichen Raum durch Modellprojekte fördern, die Verantwortung für das Angebot liegt beim Land und den Kreisen.

Ihre Beobachtung, dass noch viele öffentliche Gebäude nicht barrierefrei sind, ist zutreffend. Hier sind die jeweiligen Eigentümer, also in erster Linie Land und Gemeinden gefordert, nicht nachzulassen. Der Bund muss seine gesetzlichen Vorgaben verbessern.